

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonntagen und Feiertagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten (rei und Haus halbmöndlich) 60 Mark. Einzelverkaufspreis 5 Mark. Redaktion: Johannisstraße 46, Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtzehnstündige Zeitspanne oder deren Raum 16 Mark, für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Mark, für Reklamen 5 Mark. Beilagengebühr für 1000 Stück 250 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46, Fernruf 926.

Lübecker Volksbote

Zeitung für das arbeitende Volk

Nummer 252.

Freitag, 27. Oktober 1922.

29. Jahrgang.

Wohin des Wegs?

Die „bürgerliche Arbeitsgemeinschaft“ zerstört die Grundlagen der Republik. Auf dem Wege zum Bürgerblock?

Dr. L. Lübeck, 27. Oktober.

Die bürgerliche Provinzpresse raselt in ihren Artiteln über die deutsche Not Tag für Tag dasselbe gleiche Gebet herunter: Einheitsfront des ganzen Volkes, nationaler Zusammenschluß, Verantwortlichkeitsgefühl aller Bevölkerungsschichten!

Sind das mehr als bloße Worte, als tausendfach abgehehlt und abgetriebene Phrasengebilde? Was ist denn ihr tatsächlicher Inhalt, was ihr positives Wollen? Doch nicht mehr sind sie als jenes brombeerbillige und unklare Geschwätz, das ohne jede Ahnung von den wirklichen Tatsachen und Zusammenhängen die geistlosen Bier- und Stammtische verräucherter Bürgerkneipen umschwebt.

Weshalb man solchem Geschreibsel oder Gerede überhaupt Beachtung schenkt? Weil es unter dem schafswollenen Mantel nationaler Gesinnung die Haß- und Stidluft erzeugt hat und immer wieder erneuert, die in großen Teilen des deutschen Volkes jeden Sinn für gerechtes und klares Denken völlig zerstört hat. Aber der Kampf gegen die Dummheit ist unendlich schwer, und vorläufig aussichtslos. Nur noch dann werden wir in Zukunft in diesem Kampf eintreten, wenn wieder einmal das Kamel Dummheit von dem Teufel Freiheit durch die Manege gekehrt wird.

Es mag hart klingen, aber es muß immer wieder ausgesprochen werden: die bürgerliche Durchschnittspresse — Namen schenke man uns bitte — kommt in allen ihren Betrachtungen nicht über das wüste und niedrige Geschreibsel reichlich verschimmelten Wiederaufbauslagworte aus der „nationalen“ Wahlagitation hinaus. Oder man nenne uns irgend eine positive Kritik, irgend einen Vorschlag zu neuer Tat.

Diese vollständige Unfruchtbarkeit und Unklarheit ist das entsprechende Gegenstück zu der Unklarheit und Verworrenheit in unserer gegenwärtigen inneren Politik, ist das getreue Abbild der völligen Verstandung unserer Parteiverhältnisse im Reichstag. Und diese Verstandung ist neben der Währungsfrage die bedeutendste Erscheinung im deutschen Staatsleben, ist ein ungeheurer drohendes Warnungszeichen am düstern Himmel der deutschen Zukunft.

Nach der Revolution übernahmen drei ausgesprochene republikanische Parteien die Regierungsgeschäfte, die Sozialdemokratie, das Zentrum, die Demokraten. Wenn sie auch aus ganz verschiedenen Weltanschauungen kamen, so fittete sie doch weitgehende politische Uebereinstimmung, besonders die Einstellung zur Revolution, zusammen. Jedenfalls bildeten sie eine Koalition, die aktionssfähig war.

Wer es gut mit dem deutschen Parlamentarismus und mit dem Staate überhaupt meinte, der mußte den Wunsch hegen, daß diese drei Parteien sich im Laufe der Jahre zu einer geschlossenen und festen Regierungsmehrheit zusammenschweißten, zu einer Regierungsmehrheit, die eine tragfähige Basis bilden konnte für eine starke und rücksichtslose Regierung, und die gleichzeitig der zu erwartenden scharfen Opposition der beiden Rechtsparteien einen unerschütterlichen Damm entgegenstellte.

Die Entwicklung jedoch kam anders. Das öde und ewige Schlagwort von der „bürgerlichen Sammlung“ breitete das verheerend wirkende Gift der Gedankenlosigkeit mehr und mehr aus. Große Teile der Anhängerschaft des Zentrums und der Demokraten verfielen seinem Bann; und unter ihrem Druck wichen die Führer der Demokraten und schließlich auch des Zentrums von ihrer alten Linie mehr und mehr ab. Der Gedanke der „bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft“, d. h. eines engen Zusammenarbeitens des Zentrums und der Demokraten mit der Deutschen Volkspartei, wurde mächtiger und mächtiger.

Wenn diese „bürgerliche Arbeitsgemeinschaft“ Tatsache wurde, so mußte sie zwei Wirkungen zeitigen. Zunächst bedeutete sie naturgemäß ein vertieftes Hereinnehmen der Volkspartei in die Koalition, und damit eine wesentliche Einwirkung volksparteilicher Gedanken und Wünsche auf die Reichspolitik. Daraus mußte sich als ein Zweites ergeben: Zwiespalt mit der Sozialdemokratie, und damit Erschütterung der alten und bewährten republikanischen Koalition.

Von allen Seiten wurde auf diese Gefahren hingewiesen; und in diesen Spalten wurde immer wieder vor jeder „großen“ Koalition gewarnt. Ist doch die Volkspartei noch völlig die Gefangene ihrer nationalen Schlagworte, die sie sich einst im Konkurrenzkampf mit den Deutschen Nationalen ans Bein gebunden hat.

Alle Warnungen nützen nichts. Es war Herrn Adam Stegerwalds Idee. Und die Bierische wollten es auch. Die Demokraten aber gerieten ins Schlepptau leicht nationaler Phrasen; und im Zentrum bekam der rechte, der agrarische Flügel Oberwasser; die „bürgerliche Arbeitsgemeinschaft“ kam zustande; die „große Koalition“ wurde, wenn auch verschleiert, Tatsache.

Was wir, was sämtliche ausgesprochen linksgerichteten Politiker befürchtet hatten, trat ein. Nur in viel größerem und unheilvolleren Maße! Die alten Koalitionsparteien ziehen an verschiedenen Stricken. Zentrum und Demokraten

sind durch die Rücksicht auf die „Arbeitsgemeinschaft“ völlig gefesselt und stehen jetzt in scharfem Gegensatz zur Sozialdemokratie. Die Tage des gemeinsamen Zieles und des wirklichen Handelns sind vorbei. Die ganze Zusammenarbeit ist nur noch ein gegenseitiges Ueberwachen; jeder sorgt nur noch dafür, daß der andere nichts ihm Unbequemes tut.

Man kann den Strohleser der demokratischen „Kranft. Zeitung“ sehr wohl verstehen, wenn sie schreibt: „Unsere politischen Zustände sind derart, daß sie allenfalls eine Einigung in dem Sinne ermöglichen, daß nichts geschieht — daß aber ein gemeinsamer politischer Wille kaum mehr aufzubringen ist.“

Dieser Zustand ist nichts anderes als eine Regierungs-krise auf Dauer. Bei jeder Gelegenheit kommt sie an die Oberfläche: bei der Erhöhung des Umlagepreises für Brotgetreide; bei den Besprechungen über die Devisenverordnung. Immer wieder notdürftig verfleistert, schwelt sie unter der Oberfläche weiter, und lähmt die Regierung, lähmt die Parteien, lähmt den Reichstag. Der Kanzler verläßt unter ihrem entnervenden Einfluß seine bisherige klare Linie; er schwankt und seine Tage sind gezählt. Um es kurz heraus zu sagen: die ganze mühsam zusammengezimmerete Staatsorganisation zerfällt. Und niemand weiß etwas an die Stelle zu setzen.

Gewiß, diese tragische Entwicklung ist die Folge unseres Währungszerfalls, der die ungeheure Verarmung und Verelendung des ganzen Volkes verursacht. Aber sie ist gleichzeitig ein Grund dafür, daß die Regierung am Grabe der deutschen Wirtschaft untätig und ohnmächtig steht; daß nichts, aber auch gar nichts geschieht, um das Letzte zu verhindern.

Wir wollen hier nicht die Frage aufrollen, ob es auch weiterhin verantwortet werden kann, daß eine Milliarde Gold wie ein anaeboteres Götzenbild in der Reichsbank friedlich ruht, während die deutschen Papierischen im Ausland ihren letzten Wert verlieren. Zu oft haben wir auf diesen Unsinn schon hingewiesen — der nur einen Sinn hat: vor bürokratischer Verantwortlichkeit in alte Ideen ein lächerliches Brandopfer darzubringen.

Der Reichstag hat sich vor zwei Tagen vertagt — vor gestern fuhr die Abgeordneten nach Hause. Heute schon ruht die Sozialdemokratische Fraktion ihre Mitglieder wieder nach Berlin. Der Zustand ist beinahe unerträglich. Die schleichende Krise macht jede Arbeit unmöglich, deswegen muß eine Entscheidung gefällt werden. So oder so. Die Demokraten und das Zentrum werden sich entscheiden müssen: Rechts oder links. Geben sie ihre unerträgliche Arbeitsgemeinschaftspolitik nicht auf, dann werden die parlamentarischen Wronne verewigt. Und das ist in der gegenwärtigen Zeit unmöglich, sollen nicht die ganzen Grundlagen unserer Regierung erschüttert werden. Die Sozialdemokratie muß dann, wohl oder übel, die ein Ende machen und aus der Regierung austreten. Ein Bürgerblock wäre dann der einzige Ausweg — von Peteren bis Heiffend.

Wie lange dieser gegen die geschlossene Sozialdemokratie, gegen die geschlossenen Gewerkschaften regieren könnte, müßte sich erst zeigen. Die Herren könnten manche Überraschung erleben. Vielleicht würde dann mancher abheilt von seiner „Arbeitsgemeinschaftsbürokratie“. Vielleicht würden dann große Teile des republikanischen Bürgertums endlich wissen, wessen Gewichte sie beiorat haben, als sie auf die lockend schmerzweißroten Leimruten der „bürgerlichen Sammlung“ klopften.

Die Arbeitsgemeinschaft aber hat allen Grund, aufmerksam und misstrauisch die Entwicklung zu verfolgen. Nicht nur die deutsche Währung ist in Gefahr; es geht gleichzeitig um die Grundlagen der deutschen Republik.

Rücktritt des Kabinetts de Facta.

Paris, 27. Oktober.

Aus Rom wird gemeldet: Das Ministerium de Facta hat demissioniert.

Rom, 27. Okt.

Der Rücktritt des italienischen Kabinetts ist darauf zurückzuführen, daß die Faschisten mit dem Marsch auf Rom gedroht haben.

Rückzug Lenins ins Privatleben?

Paris, 27. Oktober.

„Daily Express“ erfährt aus Riga, daß Moskauer Meldungen zufolge Lenin endgültig seine Stellung als Diktator niedergelegt und sich auf das Land zurückgezogen hätte. Man glaubt, daß er sich von seinem leidenden Zustand nicht wieder erholen werde. Der „Temps“ gibt diese Meldung ebenfalls aber mit Vorbehalt wieder.

Dollar 4400.

Das englische Parlament aufgelöst.

Der Wahlausruf der Labour Party.

Das englische Parlament ist am Donnerstag durch Dekret des Königs aufgelöst worden. Damit ist der Beginn großer Wahlen zwischen den Parteien offiziell angezeigt.

Die englische Arbeiterpartei hat als erste von allen Parteiorganisationen ein knapp gefaßtes Wahlmanifest der Öffentlichkeit übergeben. Sie fordert: Revision aller Friedensverträge, Herabminderung der deutschen Reparationsschuld auf das Niveau der deutschen Zahlungsfähigkeit, Abzug der Orientfrage durch alle interessierten Mächte, Zulassung aller Nationen zum Völkerbund, volle Unabhängigkeit Argentiniens, Selbstverwaltung für Indien, Freundschaft mit Island! Dieses außenpolitische Programm der englischen Arbeiter ist nicht neu, ist vielleicht sogar für den Arbeiter des Kontinents eine Selbstverständlichkeit. Für England, für das imperialistische, für das aus dem Kriege reich hervorgegangene England ist das Programm etwas Neues, Revolutionäres. Seine Durchföhrung würde das Gesicht der alten Welt verändern. Das englische Weltreich wird vom französischen Imperialismus vom Rohammechanismus und vom Bolschewismus bedroht. Das Programm der Arbeiter könnte Englands Rettung sein, es ist anti-imperialistisch, aber nicht anti-englisch.

Das innenpolitische Programm der Arbeiter ist ebenso konsequent wie die außenpolitischen programmatischen Forderungen und verlangt eine Vermögenssteuer für Vermögen über 5000 Pfund zur Deckung der Kriegsschulden, Abzug der indirekten Steuern, Steuerfreiheit unter 250 Pfund Jahreseinkommen, Beschränkung der Arbeitslosigkeit, ähnlich wie bei uns, Förderung der Landwirtschaft, Verbesserung der Landarbeiter, Nationalisierung der Straßen und Eisenbahnen.

Die Aufgaben der Reparationskommission.

Bradbury über die Berliner Reise.

London, 26. Oktober.

Die „Times“ veröffentlichten ein Telegramm ihres Pariser Berichterstatters, in dem es heißt, nach Ansicht Bradburys sei es jetzt notwendig, daß die Kommission ihren Sitz dauernd in Berlin nehme. Wenn es nach ihm ginge, so würde sie ihr Hauptquartier sofort nach Berlin verlegen. Die Franzosen seien jedoch nicht der Meinung, daß dieser Schritt irgendwelche Ergebnisse zeitigen würde. Der amerikanische Versuch könne daher nur als Kompromiß angesehen werden. Der Berichterstatter fährt fort, wenn der Fall der Welt aufzuhalten werden sollte, müßte dies durch Zustimmung der Berliner Regierung mit der Reparationskommission geschehen. Bradbury trete für Maßnahmen ein, die einfließend genug seien, er habe aber die Kommission bereits darauf hingewiesen, daß es unklar wäre, sie der deutschen Regierung aufzutragen. Es sei besser, praktische Vorschläge zu erörtern und die Verantwortlichkeit und Zustimmung der deutschen Regierung zu ihrer Annahme zu erhalten. Nur durch aufrichtige Anstrengungen könne die Lage jetzt gerettet werden.

Die kommende Orientkonferenz.

Paris, 26. Oktober.

Die Verhandlungen zwischen den Verbündeten über die kommende Orientkonferenz dauern an. Lord Curzon hat dem französischen Außenminister in London eine Note überreicht, in der er vorschlägt, daß die Vereinigten Staaten einmünden an der Konferenz nicht nur durch ihren offiziellen Beobachter, sondern auch durch einen kommissarischen Vertreter teilnehmen werden. Lord Curzon schlägt weiter vor, daß die Einladungen vom Foreign Office aus verhandelt werden und zwar durch Vermittlung der Reichskanzlei, Frankreichs, Italiens, Japans, der Vereinigten Staaten, Argentiniens und Griechenlands. Die Türkei soll durch die Obersten in Konstantinopel und Ankara eingeladen werden. Rußland soll durch ein dorthiniges Telegramm von der Einladung in Kenntnis gesetzt werden, und man will es Moskau überlassen, Genoa und die Ukraine einzuladen. Ueber den asiatischen Genestrand hatte der italienische Botschafter Graf Spina gestern eine Unterredung mit dem Präsidenten Poincaré. Die Mächte sollen durch je einen Minister und einen Diplomaten vertreten sein. Für Frankreich sind bis jetzt die Namen Colrat und Barere genannt worden.

Aufstand in Ost-Sizilien.

10 000 Aufständische.

Warschau, 26. Oktober.

Aus Gembra kommenden Privatnachrichten zufolge stellen sich die in Ost-Sizilien ausbrochenen Unruhen im wesentlichen in einem ganz anderen Lichte dar, als man es im amtlichen Warschau darzustellen versucht. Es handelt sich um einen ausgesprochen politischen Aufstand der Rußenen, der allmählich ganz Ost-Sizilien erfasst und täglich wächst. Man übertreibt nicht, wenn man die Zahl der nicht nur mit Gewehren und Handgranaten, sondern auch mit zahlreichen Maschinengewehren wohl ausgerüsteten Aufständischen schon heute auf etwa 10 000 Mann beziffert.

Ueberstürzter Abzug der Faschisten aus Neapel.

Rom, den 26. Oktober.

Der Faschistentog in Neapel wurde plötzlich unterbrochen. Die Faschisten zogen sich über Kopf ab und ebenso die übermächtige Mehrheit der in voller Ausübung in Neapel ausgeströmten 40 000 Faschisten. Die Gründe des unerwarteten Szenenwechsels sind unbekannt. Laut „Popolo d'Italia“ erhielt der General Dabino, welcher zugleich Faschistengeneral ist, vom Kriegsminister die Anweisung, entweder von seinem Posten zurückzutreten oder einem Disziplinargericht zu unterwerfen.

